



Baden-Württemberg

LANDESAMT FÜR VERFASSUNGSSCHUTZ
LEITUNGSSTAB, PRESSE- UND ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

PRESSEMITTEILUNG

6. September 2019

Neue Handreichung „Reichsbürger und Selbstverwalter in Baden-Württemberg“: Empfehlungen für den Umgang mit Anhängern dieser extremistischen Szene

**Innenminister Thomas Strobl und Verfassungsschutzpräsidentin Beate Bube:
„Wir beobachten die Reichsbürgerszene sehr genau und treten ihr entschieden
entgegen.“**

„Die sogenannten Reichsbürger leugnen die Existenz der Bundesrepublik Deutschland und unseres Rechtsstaates. Entsprechend aggressiv treten sie oftmals gegenüber Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von Behörden und Gerichten auf. Doch wir nehmen das nicht achselzuckend zur Kenntnis – im Gegenteil. Wir treten diesen Personen entschieden entgegen“, sagt der stellvertretende Ministerpräsident und Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration, Thomas Strobl.

Die Aktivitäten von „Reichsbürgern“ und „Selbstverwaltern“ haben in den vergangenen Jahren in Baden-Württemberg deutlich zugenommen. Vor allem Behörden und die Justiz stehen im Fokus dieses Milieus: „Beschäftigte in Rathäusern, Landratsämtern oder bei den Gerichten erhalten teils seitenlange Schreiben mit unsachlichem Inhalt, sind mit oftmals absurden Forderungen nach Schadenersatz konfrontiert oder werden gar persönlich beleidigt oder bedroht“, erklärt die Präsidentin des Landesamts für Verfassungsschutz, Beate Bube. Auch Richter, Vollstreckungs- und Polizeibeamte hätten immer wieder mit renitenten und teils gewaltbereiten Angehörigen der Szene zu tun, so Bube. „Das Landesamt für Verfassungsschutz beobachtet ‚Reichsbürger‘ und ‚Selbstverwalter‘ deshalb bereits seit mehreren Jahren.“

Um Beschäftigten im öffentlichen Dienst einen sicheren Umgang mit „Reichsbürgern“ und „Selbstverwaltern“ zu ermöglichen, hat das Landesamt nun eine Handreichung zum Thema veröffentlicht. Die gut 30 Seiten starke Broschüre erklärt die Begriffe

„Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“, benennt Motive für die Mitgliedschaft in solchen Organisationen und listet exemplarisch konkrete Gruppierungen in Baden-Württemberg auf. Vor allem aber gibt das Heft zahlreiche Empfehlungen, wie Beschäftigte im öffentlichen Dienst den Vertretern des Milieus gegenüberzutreten sollten: zum Beispiel mit konsequentem Auftreten und, wo nötig, durch die Anwendung von Zwangsmitteln oder das Erstellen von Strafanzeigen.

Die Handreichung „Reichsbürger und Selbstverwalter in Baden-Württemberg“ liegt in einer Auflage von 5.000 Exemplaren vor und wird in diesen Tagen an die Behörden im Land verschickt. Sie kann überdies kostenfrei beim Landesamt für Verfassungsschutz angefordert werden. Eine digitale Version ist auf der Internetseite des Landesamts (www.verfassungsschutz-bw.de) abrufbar.

Weitere Informationen zum Thema:

Die Verfassungsschutzbehörden von Bund und Ländern beobachten das Milieu der „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ seit Ende 2016. Zuvor war es mehrfach zu Gewalttaten von Milieuangehörigen gegen Vollstreckungs- und Polizeibeamte gekommen. Das Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg rechnet der Szene aktuell rund 3.200 Angehörige im Land zu. Deutschlandweit wird das Personenpotential auf rund 19.000 geschätzt.

„Reichsbürger“ verneinen aus unterschiedlichen Motiven und mit unterschiedlichen Begründungen die Existenz der Bundesrepublik Deutschland und ihres Rechtssystems. Unter anderem berufen sie sich hierbei auf das historische Deutsche Reich oder auf verschwörungstheoretische Argumentationen. Sie sprechen den demokratisch gewählten Repräsentanten ihre Legitimation ab und leisten häufig Widerstand gegen staatliche Maßnahmen.

„Selbstverwalter“ definieren sich als außerhalb der Rechtsordnung stehend. Sie wollen sich durch Ausrufung eigener Fantasiestaaten vom Bundesgebiet abgrenzen.